

Eigenerklärung zur Eignung für Liefer- und Dienstleistungen

Ich bin/ Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft:

Bezeichnung

.....

Ort:

ggf. Identifikation:

.....

seit:

.....

■ Falls mein/ unser Angebot/ Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde(n) ich/ wir zur Bestätigung meiner/ unserer vorstehenden Angaben/ Erklärungen auf Verlangen der Vergabestelle die hierauf zutreffenden Nachweise vorlegen:

- Handelsregisterauszug
- Nachweis Eintragung in ein sonstiges Berufsregister
- Ggf. Negativbescheinigung/en in Bezug auf die vorstehenden Nachweise zur Berufsausübung
- Nachweis Eintragung bei der Handwerkskammer
- Nachweis Eintragung bei der Industrie- und Handelskammer
- Gewerbeanmeldung
- Bescheinigung über die Anmeldung bei der Berufsgenossenschaft

Angaben über Insolvenzverfahren oder vergleichbare gesetzlich geregelte Verfahren:

ja

nein

Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren wurde beantragt.

Ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren wurde eröffnet.

Ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren gesetzlich geregelten Verfahrens wurde mangels Masse abgelehnt.

Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt; auf Verlangen der Vergabestelle werde(n) ich/ wir ihn vorlegen.

Angaben über Unternehmensliquidation:

ja

nein

Mein/ unser Unternehmen befindet sich in Liquidation

Angaben, dass keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit in Frage stellt:

Ich/ Wir erkläre(n), dass keine schwere Verfehlung vorliegt, die meine/ unsere Zuverlässigkeit als Bewerber/in bzw. Bieter/in in Frage stellt, z. B. ein(e):

- wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB),
- wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132 a StPO),
- wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO) oder
- Verstoß gegen § 81 Absatz 1 Nummer 1 GWB oder
- rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten 2 Jahre gegen Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben einschließlich der Überwachung der Geschäftsführung oder sonstigen Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung wegen.

Eigenerklärung zur Eignung für Liefer- und Dienstleistungen

- Terrorismusfinanzierung oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen (§ 89c StGB)
- Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern (§ 108e StGB), Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr)
- Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB)
- Bildung terroristischer Vereinigungen (§ 129a StGB)
- Bildung krimineller und terroristischer Vereinigungen im Ausland (§ 129b StGB)
- Menschenhandel (§§ 232, 233 StGB)

- Geldwäsche (§ 261 StGB) - Bestechung (§ 334 StGB), auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete)
- Vorteilsgewährung (§ 333 StGB), auch in Verbindung mit § 335a StGB
- Diebstahls (§ 242 StGB)
- Unterschlagung (§ 246 StGB)
- Erpressung (§ 253 StGB)
- Betrug (§ 263 StGB)
- Subventionsbetrug (§ 264 StGB)
- Kreditbetrug (§ 265b StGB)
- Untreue (§ 266 StGB)
- Urkundenfälschung (§ 267 StGB)
- Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB)
- Delikten im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB)
- wettbewerbsbeschränkender Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB)
- Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB)
- Brandstiftung (§ 306 StGB)
- Baugefährdung (§ 319 StGB)
- Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324a StGB)
- unerlaubten Umgangs mit gefährlichen Abfällen (§ 326 StGB),

welche(r) mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde. Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im vorgenannten Sinne der genannten Vorschriften stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Ich/ Wir erkläre(n), dass ich/ wir in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) i. V. m.

- § 8 Abs. 1 Nr. 2, §§ 9 bis 11 SchwarzArbG,
- § 404 Abs. 1 oder 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch,
- §§ 15, 15a, 16 Abs. 1 Nr. 1, 1 b oder 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG)
- § 266a Abs. 1 bis 4 des Strafgesetzbuches

mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldstrafe von mehr als 2.500,00 Euro belegt oder verfolgt worden bin/ sind oder gemäß § 21 Abs. 1 i. V. m. § 23 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500,00 Euro belegt oder verfolgt worden bin/ sind.

Ich/ Wir erkläre(n), dass keine Eintragung im Landeskorrupsionsregister vorliegt.

(Hinweis: Die Auftraggeberin kann - auch bei vorliegenden Eigenerklärungen - Auskünfte aus dem Vergaberegister und dem Gewerbezentralregister bei den zuständigen Stellen anfordern. Ab bestimmter Auftragswerte sind diese Auskünfte aufgrund entsprechender gesetzlicher Vorschriften zwingend für den/ die Bieter/in einzuholen, auf dessen/ deren Angebot der Zuschlag erteilt werden soll).

Ich/ Wir erkläre(n), dass bestehende Verpflichtungen zur Zahlung

- von Steuern und sonstigen Abgaben sowie**
- der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung und**
- ggf. der Beiträge zu der(n) gemeinsamen Einrichtung(en) der Tarifvertragsparteien i. S. d. § 5 Nr. 3 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) in Bezug auf die zur Vertragserfüllung eingesetzten Arbeitskräfte einschließlich der ggf. eingesetzten Nachunternehmer, weiterer Nachunternehmer und Verleihern/innen von Arbeitskräften ordnungsgemäß erfüllt worden sind.**

Eigenerklärung zur Eignung für Liefer- und Dienstleistungen

■ Falls mein/ unser Angebot/ Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde(n) ich/ wir bei bestehender Abgaben-und/ oder Beitragspflicht auf Verlangen der Vergabestelle in Bezug auf die Erfüllung dieser Verpflichtungen folgende Nachweise vorlegen, soweit diese nicht bereits im Rahmen der Präqualifikation erbracht wurden:

hinsichtlich der Steuern und sonstigen Abgaben:

- Freistellungsbescheinigung des Finanzamtes zum Steuerabzug bei Bauleistungen nach § 48 b Einkommensteuergesetz (EStG) oder - bei Unternehmen, deren Bauleistungen zwar der VOB unterfallen, steuerrechtlich jedoch nicht der Bauabzugssteuer unterliegen - eine die Unbedenklichkeit nachweisende allgemeine sog. Bescheinigung des Finanzamtes in Steuersachen
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der für die Gemeindesteuern zuständigen Stelle

hinsichtlich der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung und ggf. der tarifvertraglichen Sozialkassen:

- Unbedenklichkeitsbescheinigung(en) der zuständigen Einzugsstelle(n) zur Entrichtung der Sozialversicherungsbeiträge zur Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung (in der Regel Gesamtsozialversicherungsnachweis(e) der Krankenkassen, ersatzweise Einzelnachweise der zuständigen Stelle(n) in den zutreffenden Versicherungszweigen), ferner
- Unbedenklichkeitsbescheinigung(en) der zuständigen Unfallversicherungsträger (Berufsgenossenschaft/en oder sonstige Unfallkassen) in qualifizierter Form unter Angabe der Lohnsummen sowie
- Unbedenklichkeitsbescheinigung(en) der zuständigen tarifvertraglichen Sozialkasse(n) (z. B. Sozialkasse(n) für das Baugewerbe oder sonstige zuständige Sozialkasse(n) oder alternativ – bei Beschäftigungsverhältnissen mit gewerblichen Arbeitnehmern, die dem Bundesrahmentarifvertrag für das Baugewerbe (BRTV) unterfallen - eine sog. Enthaltungsbescheinigung der tarifvertraglichen Sozialkasse (SOKA-Bau) im Sinne des § 14 Arbeitnehmerentsendegesetz (AEntG)

(Hinweis: Erklärung in Bezug auf die tarifvertragliche(n) Sozialkasse(n) nur für den Fall von Bauaufträgen mit einem geschätzten Auftragswert von mehr als 20.000 Euro netto),

- Für den Fall der rechtlichen oder tatsächlichen Unmöglichkeit der Vorlage eines solchen Nachweises werde(n) ich/ wir dies der Vergabestelle anzeigen und uns ggf. unter deren Mitwirkung um den/ die entsprechenden Nachweise bemühen. Für den Fall einer Abgaben- oder Beitragsfreiheit werden ich/ wir auf Verlangen der Vergabestelle nötigenfalls auch eine Negativbescheinigung mit der Maßgabe beibringen, dass eine Abführungspflicht nicht besteht.

Besondere Angaben zur Eignung, bedingt durch den Auftragsgegenstand:

.....
.
.....
.

Ich bin/ wir sind darauf hingewiesen worden, dass die in dieser Eigenerklärung jeweils genannten, auf Verlangen vorzulegenden Nachweise nach Aufforderung durch die Vergabestelle innerhalb einer von dort genannten Frist vorgelegt werden müssen; es bleibt vorbehalten, die Frist zu verlängern. Die Nachweise sind ggf. auch im Original vorzulegen; sie dürfen nicht älter sein als ein Jahr und die durch die ausstellende Stelle festgelegte Gültigkeit nicht überschreiten.

Ich bin mir/ Wir sind uns bewusst, dass eine vorsätzlich falsche Erklärung bezüglich der vorstehenden Angaben meinen/ unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.

.....
Ort, Datum, Unterschrift(en), Name(n) des/ der Unterzeichnenden in Druckbuchstaben, Firmenbezeichnung (Angaben oder Stempel)